

## Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Rietberg



ORTSVERBAND RIETBERG

B90/Die Grünen

Fischhausweg 20

33397 Rietberg

An den  
Bürgermeister der Stadt Rietberg  
Herrn Andreas Sunder  
Rügenstr. 1  
33397 Rietberg

### **Antrag an den Sport-, Sozial, und Kulturausschuss der Stadt Rietberg**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Sunder, lieber Andreas, sehr geehrte Frau Kochtokrax,

hiermit wird beantragt, der Sport-, Sozial, und Kulturausschuss möge beschließen, dem Rat zu empfehlen, den Beschluss zu fassen, dass die Stadt Rietberg dem Bündnis „Sicherere Häfen – Seebrücke“ mit den erklärten Punkten 1.) und 2.) beitrifft.

#### 1. Öffentliche Solidaritätserklärung

Der Rat der Stadt Rietberg erklärt sich mit den Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch und positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer.

#### 2. Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Quote

Die Stadt Rietberg stellt im Rahmen der jeweils aktuell verfügbaren Unterbringungs-kapazitäten fest, wie viele Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote aufgenommen werden können und erklärt sich bereit, diese schnell und unkompliziert aufzunehmen.

#### **Begründung:**

Seit dem Jahr 2014 sind bis Januar 2022 mehr als 23.000 Menschen im Mittelmeer auf dem Seeweg nach Europa ertrunken.

Angesichts dieser humanitären Katastrophe, des Flüchtlingselends an den europäischen Außengrenzen und der menschenunwürdigen Zustände in den Auffanglagern ist es höchste Zeit ein Zeichen der Solidarität zu setzen.

Die Initiative „Seebrücke“ wurde im Juli 2018 gegründet. Es handelt sich um eine europäische soziale Bewegung, die von verschiedenen Bündnissen und Akteur\*innen der Zivilgesellschaft getragen wird (<https://seebruecke.org/sichere-haefen>). Das Bündnis solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und setzt sich für sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und einen menschenwürdigen Umgang mit den Geflüchteten ein.

Ein Kernprojekt der „Seebrücke“ ist die Aktion „Sichere Häfen“. Insgesamt haben sich bis heute bundesweit 253 Kommunen zu „Sicheren Häfen“ erklärt.

Bedingung für die Teilnahme an der Aktion „Sichere Häfen“ ist, dass die Kommune mindestens eine der Forderungen der „Seebrücke“ unterstützt. Der Gesamtforderungskatalog der „Seebrücke“ ist als Anlage 1 beigefügt.

Über 30 der Sicheren Häfen sind mittlerweile einen Schritt weitergegangen und haben sich zu einem kommunalen Bündnis „Städte Sichere Häfen“ zusammengeschlossen. Dieses Bündnis hat sich beim SEEBRÜCKE-Kongress „Sichere Häfen. Leinen los für kommunale Aufnahme“ konstituiert, der am 13./14. Juni 2019 unter der Schirmherrschaft des regierenden Bürgermeisters von Berlin Michael Müller und in Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam in Berlin stattfand. Die Kommunen zeigen in der von ihnen unterzeichneten Potsdamer Erklärung ihre Bereitschaft, die „aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen“ und fordern von „der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass die aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können“. Die Potsdamer Erklärung ist als Anlage 2 beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Rabea Beckert  
Mitglied im SSK

Hans Dieter Vormittag  
Fraktionsvorsitzender OV Rietberg